

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Pettzeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 290.

STEL 20000000 11 000 00000000

75. Jahrgang.

Reichstagsersatz.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

CB. Berlin, 9. Dezember.

Unwillkürlich denkt man an die Reichstagskammern von einst — aber doch wohl nur, weil die Herren des Großherzoglichen Soldatenrats sich jüst diesen schönen Reichstagsaal zum Schauplatz ihrer Arbeit auserkoren haben. Sonst findet man eigentlich nur Gegenstände, keine Vergleichspunkte. Keine Spur von Feierlichkeit, die bis dahin, bis in die Tage der Revolution, dem weiten Raum anhaftete, möchte er von einem Väterdünkel oder von Hunderten von Menschen angefüllt sein. Die drangvolle Fülle der ersten zwei, drei Sitzungen ist allerdings überwunden; man sieht, man kontrolliert die Eingänge scharfer als in den Zeiten des alten Obrigkeitshauses, man prüft die Papiere und niemand wird hereinlassen, der sich nicht unabweisbar ausweisen kann. Aber wie sie dann den Saal betreten, im Mantel und Mütze summt, Zigarre oder Zigarette im Munde, überwiegend jugendliche Gestalten, erblickt man den Eindruck, als sollten hier parlamentarische Verhandlungen vor sich gehen, mit denen wir nun einmal den Begriff einer würdevollen Feierlichkeit verbinden. In einer Ecke der Bundesratskammer, dort, wo sonst immer die Öhrer, nicht die Sprecher der einzelstaatlichen Regierungen zu sitzen pflegten, wird eine Art von Kleiderablage eingerichtet, man hängt die Mäntel auf oder legt sie über die Brust, wie es eben gehen will. Ein Kamerad ruft laut und ungeniert einen Namen in den Saal hinein: Der Fernsprecher verlange nach ihm. Man raucht, man plaudert, auf den Wänden liegen Drucksachen herum, die bald auch den Fußboden zieren — kurz eine Unbefangenheit lagert über der Versammlung, die mehr nach alltäglicher Darmlosigkeit oder nach revolutionärer Erregtheit ausstrahlt. Auch das akademische Viertel wird, nach guter deutscher Gewohnheit, reichlich überfahrritten; so wie aber die allbekannte Glocke des Präsidenten ertönt, tritt augenblicklich Ruhe ein.

Auch der Mann, der den Präsidentenstuhl dort oben ert, steht noch in jugendlichem Alter. Es ist nicht der bisherige Vorsitzende, der hat man das letzte Mal in den Vollausschuss befördert, also muß ein Nachfolger für ihn gewählt werden. Ein Vorschlag wird gemacht, und man hat in dem Präsidium offenbar den Wunsch, die Sache ohne viel Gerede abzutun. Aber da bräut es schon auf in der Versammlung. „Gegenwortsatz! Debatte!“ wird gerufen. Gut, der Präsident lenkt ein. Über der Mann, der für das Präsidium in Aussicht genommen ist, springt auf die Rednertribüne und fährt sich mit einer gehörigen Standpaufe an die Kameraden und Genossen ein: ob sie etwa glaubten, daß er, ein alter Gemeindeführer und Parteigenosse, sich um neue Ämter zu bewerben brauche. Es solle ihn schon an, hier immer stundenlanges Geschäftsordnungsdebatten über sich ergehen lassen zu müssen, wo doch die Zeit so kostbar sei, sie sollten sich ruhig einen anderen suchen und ihn umgesehen lassen. Dieser Ton wirkt. Mänschenstill wird es unten im Saal, feiner hat noch den Mut, einen Gegenwortsatz zu machen und bald bröckelt der neue Herr auf dem Präsidentenstuhl.

Dieser Vorgang ist typisch. Er wiederholt sich fast jedesmal, wenn ein bestimmter Vorschlag gemacht wird, der den Verhandlungen eine bestimmte Richtung geben soll. Man soll, meint der Vorsitzende, statt hier „Kleinigkeitstümelerei“ zu treiben, zunächst einmal seine Aufmerksamkeit den blutigen Ereignissen des letzten Freitag zuwenden. Erregter Widerspruch aus der Versammlung, die anscheinend befürchtet, daß ihre Tagesordnung darüber zu kurz kommen könnte. Aber der Vorsitzende knirscht entschieden auf, und es geschieht, was er für richtig hält. Man muß sagen, die Leute sind sehr rasch zu beruhigen, sind leicht zu behandeln. Ist es die Ungewandtheit in parlamentarischen Sitten und Gebräuchen, ist es das Vertrauen zu ihren selbstgeschätzten Führern — in jedem Falle, es ist mit ihnen fertig zu werden.

Zu den Führern, denen sie gern folgen, gehört der bekannte Reichstagsabgeordnete Cohn-Neub. Wie das lebendige Gewissen des Soldatenrats von Groß-Berlin sitzt er immer oben zur Seite des Rednerpultes, eine Stufe unterhalb des Präsidentenstuhls, jeden Augenblick bereit, dem Vorsitzenden mit Rat und Tat beizuspringen, die Wogen der Erregung zu glätten, zu vermitteln, praktische Winke zu geben, die aus verfahrenen Situationen herausführen sollen. Mit seinem überaus angenehmen klingenden Organ weilt er die Versammlung stets zu fesseln, er spricht ruhig und überzeugend, ist alles andere eher, nur sein blinder Fragatiker und macht so sehr den Eindruck eines absolut ehrlichen Mannes, daß die Versammlung sich ihm willig hingibt, offenbar von dem Bewußtsein geleitet, auf diese Weise am sichersten vor Verwegen bewahrt zu bleiben. Diesmal spricht er über die Schuld an dem Blutvergießen im Norden der Stadt. Er hat keinen Zweifel, daß hier konterrevolutionäre Leute ihre Hände im Spiel gehabt haben, aber daß Ebert und Scheidemann, wie die Sozialistengemeinde fleißig und fest behauptet, hinter dem Anschlag stecken, das bestritt er mit allergrößter Entschiedenheit. Die sogenannte Verhaftung des Vollausschusses habe keines seiner Mitglieder auch nur einen Augenblick tragisch genommen, danach sah die ganze Geschichte nicht aus. Man habe sich mit den Soldaten, die zu diesem Zweck ins Abgeordnetenhaus gekommen waren, ganz nett und kameradschaftlich unterhalten und den Irrtum ja auch sehr bald vollkommen aufgeklärt. Regierung und Vollausschuss seien nach wie vor entschlossen, im vollen Einvernehmen miteinander weiterzuarbeiten, um Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern, und die Versammlung könne nichts besseres tun, als sie in diesem Vorhaben nach Kräften zu unterstützen.

Das gefällt den Leuten, und alles fühlt sich in belagerte beaglicher Stimmung. Aber ohne Sensationen soll es doch auch diesmal nicht abgehen. Ein Delegierter aus Potsdam berichtet — immer noch „außerhalb der Tagesordnung“ — über verdächtige Truppenansammlungen im Grunewald, über Regimenter, die, frisch von der Front zurückgekehrt, immer noch „fest in der Hand ihrer Führer“ sind und offenbar vor den Toren Berlins der Dinge harren, die da kommen sollen. Nun wird es munter im Saal. Die Heißblütigsten stürzen sich in ihre Mäntel und jagen davon — man glaubt Säbel rasseln und Sporen klirren zu hören. „Kameraden“, ruft der Vorsitzende, wir haben hier nichts mehr zu suchen heute. Zurück zu euren Truppenteilen, jeder Mann auf seinen Posten.“ Aber die Lösung zündet nicht, merkwürdigerweise. Die Delegierten scheinen sich darauf zu besinnen, daß sie ähnlichen Marmuren schon wiederholt — nun sagen wir einmal: aufgefressen sind, wie man sich im Österreichischen auszubilden pflegt. Diesmal bewahren sie die Ruhe und beharren dabei, daß weiter verhandelt wird. Inzwischen kann Herr Cohn zum Reichstagskanzler gehen und sich erkundigen, was an den „Gerüchten“ Wahres ist. Alle Achtung vor so viel gelundem Mißtrauen, bekanntlich der größten aller demokratischen Tugenden.

Also wird weiterverhandelt, und endlich kommen die „Kleinigkeiten“ an die Reihe, die dem Vorsitzenden, wie es scheint, durchaus zuwider sind. Aber er muß in den sauren Apfel beißen, die Soldaten wollen nun einmal nicht unvertikelter Sache nach Hause gehen. Das ist gar kein übles Anzeichen für ihren Verstand, wenn es sein muß, auch mal „Reichstagsersatz“ zu spielen. Aber für immer!

Republikanische Soldatenwehr.

Die Truppenansammlungen vor der Hauptstadt.

Berlin, 9. Dezember.

Die vom Kriegsministerium verfügte Aufstellung einer republikanischen Soldatenwehr von 10 000 Mann für Berlin ist lediglich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bestimmt.

Die Zusammenführung größerer Verbände von Fronttruppen der Potsdamer Art zu dem Zweck der Veranlassung gegeben, daß dies zu gegenrevolutionären Zwecken geschehen sei. Diese Gerüchte haben sich als gegenstandslos erwiesen. Es handelt sich lediglich um Gardetruppen, die morgen ihren feierlichen Einzug in die Hauptstadt halten werden, darunter auch Bataillone, die aus Angehörigen aller Heeresstellen zusammengefaßt sind. Der heutige Tag verlief in Berlin in vollster Ruhe, ernsthafte Streiks finden nirgendwo statt, der Verkehr wickelt sich glatt ab.

Neuregelung der Disziplinarstrafen.

Der Stadtkommandant von Berlin, Wels, hat eine Neuordnung der Disziplinarstrafen entworfen. Er schlägt vor, daß die Mannschaften in geheimer Wahl einen dreigliedrigen Ausschuss als Disziplinaranwaltschaft wählen und gleichzeitig drei Stellvertreter. Dieser Ausschuss wählt seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Als Disziplinarstrafen wurden vorgeschlagen: 1. Geldstrafe bis zu 5 Mark, 2. Kasernenarrest bis zu 7 Tagen, 3. Stubenarrest bis zu 5 Tagen, 4. gelinder Arrest bis zu 3 Tagen und 5. strenger Arrest bis zu 2 Tagen. Jeder einzelne Mann muß vor der Verurteilung verurteilt werden: es können Zeugen für und gegen den Beschuldigten vernommen werden.

Minister Birsch über Rheinland-Westfalen.

Angebote feindlicher Kapitalisten.

Berlin, 9. Dezember.

Der preussische Minister des Innern Birsch hat sich eingehend über die Loslösungsbestrebungen in Rheinland und Westfalen ausgesprochen, in denen er eine schwere Gefahr erblickt. Sie wären einmal aus der Unbeständigkeit Berlins und des früheren Bruchens entstanden, weiter durch liberale Umtriebe, die aus dem Wunsche entstanden seien, die Trennung von Staat und Kirche für diese Länder zu verbinden; sie würden ferner durch die rheinisch-westfälische Industrie unterstützt, die mit den lothringischen Ergruben geschäftlich eng verbunden sei, und die Hauptrolle sei die Hoffnung, durch eine Anlehnung an Frankreich von den schweren Friedensbedingungen befreit zu werden. Der Minister verlas einige amtliche und private Mitteilungen aus jenen Gebieten, in denen zum Ausbruch kommt, daß nur die Nationalversammlung die französische Propaganda hindern könne, die bereits etwa die Hälfte der Bevölkerung gewonnen habe. Auch hätten sich bereits englische und amerikanische Kapitalisten zur Unterstützung der Vertriebe bereit erklärt. Es sei eben bei den hohen Lohnforderungen der Arbeiter unmöglich, zu produzieren. Diese durch die unvernünftige Lohnpolitik der Munitionsfabriken geschaffene Lage werde dahin führen, daß wir, sobald der Weltmarkt wieder für uns geöffnet ist, nicht konkurrieren können, und daß dann unsere Arbeiter gezwungen sein werden, auszuwandern, um als verachtete Sklaven ihr Brot zu verdienen.

Ein Appell an das Weltgewissen.

Dernburg über die Lage.

Berlin, 9. Dezember.

Der ehemalige Staatssekretär Dernburg befaßt sich in beachtenswerten Ausführungen mit der politischen Lage im Innern und zu unseren Gegnern. Er sagt u. a.:

Die kindlichen Ideologien im Westen und Süden werden von der Betreibung der Entschädigung nicht verschont bleiben. Im brennenden Hause zanken sich Minoritäten um die Herrschaft. In drei Wochen haben wir entweder

die Konstituante oder die Feinde in Berlin. Die Volksmehrheit ist bereit, mit der Regierung durch dick und dünn zu gehen, im Interesse der Ordnung. Trotzdem zieht die Regierung die Wahlen hin, die Schuldenwirtschaft geht weiter, die Dinge treiben dem Chaos zu.

In Bezug auf unsere Feinde erlärte Dernburg, daß wir das Weltgewissen gegenüber Ihren Nachbarn anrufen. Menschenunwürdige Strafen zu verlangen, schadet auch den Straftenden. Die stillen Ideale haben uns auch nach Ulft wieder erhoben. Die bürgerliche Erneuerung Deutschlands muß erwiesen werden durch die Aufrichtung eines neuen sozial und demokratisch gerichteten Reiches. Schuldig sind alle Völker durch ihre Geheimdiplomatie, ihren Militarismus und Kapitalismus, ihre Landergerier geworden. Im übrigen sei der Gewaltfrieden unvereinbar mit den 14 Punkten Wilsons.

Poincaré in Elsfah-Lothringen.

Keine Volksabstimmung nötig.

Weg, 9. Dezember.

Präsident Poincaré ist in Begleitung von Clemenceau, der übrigen Minister und zahlreicher Abgeordneter hier eingetroffen und wurde von Hoch und den sonstigen Folgen empfangen. Im Rathaus begrüßte ihn der Bürgermeister mit einer Rede, in der er u. a. ausführte, daß von Deutschland geforderte Plebiszit sei bereits erfolgt durch den den französischen Truppen bereiteten Empfang. In der Kathedrale wurde der Präsident vom Generalvikar empfangen. Von Wies fuhr Poincaré nach Strassburg.

Erfolg deutscher Repressalien.

In der gebärgigen Art, in der die Deutschen von der französischen Behörde aus Elsfah-Lothringen ausgetrieben wurden, hat die deutsche Regierung mit Nachdruck Stellung genommen. Sie hat in Paris mitteilen lassen, daß, wenn die Ausweisungen aus Elsfah-Lothringen im bisherigen Maßstab fortbauern sollten, deutschseits die Ausweisung sämtlicher Elsfah-Lothringer aus Deutschland erwogen werden müsse. Darauf ist französischerseits angeordnet worden, daß die Ausweisungen fortan nur noch aus politischen Gründen und nicht mehr auf Grund namenloser Anzeigen erfolgen sollen.

Die Vorarbeiten zum Frieden.

Aus der Vorgeschichte des Krieges.

Der frühere englische Kriegsminister Salbanc gibt interessante Daten zur Vorgeschichte des Krieges und weist darauf hin, daß England am 3. August 1914 um 11 Uhr mobilisiert habe, also 36 Stunden vor der Kriegserklärung. „Die Mobilisation“, sagt Salbanc weiter, „war keine Kriegserklärung. Wir konnten auch im Frieden mobilisieren, um bereit zu sein. In den wenigen Stunden nach der Kriegserklärung war mit Hilfe der Flotte das Expeditionskorps über den Kanal, bevor jemand etwas wußte. Das Detachement erreichte den Konzentrationsplatz innerhalb 9 Tagen.“

England und die allgemeine Abrüstung.

Fast zur gleichen Zeit, wo Churchill die Erklärung abgab, daß England sich niemals eine Beschränkung seiner Rüstungen gefallen lassen werde, ist ein drahtloses Telegramm vom Dampfer „George Washington“ eingetroffen, auf dem sich Wilson befindet. Dieses Telegramm besagt, daß der Präsident vorschlagen wird, jeder bewaffneten Herrschaft einer einzelnen Nation ein Ende zu machen. Die meisten verständigen Amerikaner sind der Ansicht, daß damit kein aussichtsloses Dilemma entstanden ist. Aber eine kleine Gruppe in Amerika schreibt und spricht in dem Sinne, daß Englands Weigerung, seine Seeherrschaft aufzugeben, ein Beweis von großer Annäherung ist. — Von anderer Seite wird nochmals nachdrücklich auf den Umstand hingewiesen, daß Amerika niemals dem Bündnisvertrag der Entente beigetreten sei, sich vielmehr freie Hand vorbehalten habe.

Mahnahmen zur Verpflegung Deutschlands.

Nach Meldungen, die über die Schweiz kommen, wird in Paris die Verpflegungsfrage Deutschlands, die seit einiger Zeit wieder zurückgestellt war, jetzt wieder aufgenommen. Die Frage wird jetzt seitens der Entente selbst als dringlich bezeichnet. Der amerikanische Kommissar für diese Angelegenheit hat erneute schleimige Besprechungen mit den französischen und englischen Ernährungsministern in London angelegt. Man darf der Erwartung Ausdruck geben, daß nunmehr die Blockade mit Verschleimung aufgehoben wird.

Zur Reise Wilsons nach Europa.

Amsterdam, 10. Dez. Einige Stunden vor der Abreise Wilsons von New York wurde vom Dampfer „George Washington“ folgendes Telegramm dem Korrespondenten der „United Press“ drahtlos mitgeteilt: Der Präsident begibt sich nach Europa, um die Ideale der Amerikaner zu vertreten und für seine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident auf der Freiheit der Meere und der allgemeinen Abrüstung bestehen. Auf das dreijährige Flottenprogramm der Ver. Staaten gesteht, beabsichtigt er anzukündigen, daß kein Volk der Erde die Vorkherrschaft auf dem Meere haben soll und darf und daß, wenn andere Völker ihr Flottenprogramm nicht einschränken, sie sich dem der Ver. Staaten unterstellen müßten. Präsident Wilson geht von der Ansicht aus, daß die Meere der ganzen Welt bewacht werden müßten. Diese Botschaft, die selbstverständlich nicht ohne Zustimmung des Präsidenten abgeschickt werden konnte, erregte in den Ver. Staaten sowie in England ungeheures Aufsehen. Roosevelt sieht sich dadurch zu noch

heftigerer Propaganda gegen die „Freiheit der Meere“ und die 14 Punkte Wilsons veranlaßt. Er betonte, daß die 14 Punkte in Wirklichkeit weder von dem amerikanischen Volke noch von der Entente angenommen seien und daß England einen Anspruch darauf habe, die größte Flotte der Welt zu besitzen. Amerika müßte sich mit der zweiten Flotte begnügen. Ebenso werde es nicht beanspruchen können, eine ebenso große Armee zu unterhalten, wie Frankreich.

Genf, 10. Dez. Unmittelbar nach Wilsons Ankunft in Paris soll die Frage der Errichtung einer aus Entente-Truppen bestehenden Besatzungsabteilung in Berlin und Umgebung zur Klärung gelangen. „New York Herald“ hält diese Entscheidung für sicher und glaubt, daß die Besetzung bis zur Unterzeichnung des Weltfriedens dauern wird. Wilson äußerte während der Ueberrfahrt gegenüber dem französischen Vizekonsul in Washington: Ich werde in Paris bemüht sein, meine Haltung mit den 14 Punkten in Einklang zu bringen. Diese Neuhaltung verkräftigt in Paris die Meinung, daß wesentliche Änderungen durch Clemenceau und Lloyd George kaum zu erwarten seien. Wegen der russischen Ueberrfahrt kann der Dampfer „George Washington“ erst übermorgen die Häfen passieren. Am 15. Januar beginnt die Konferenz über den Präliminarfrieden mit Auflösung deutscher Vertreter.

Todesurteil über Wilhelm II.

Wie man in Frankreich wissen will, soll sich die deutsche Regierung mit der Auslieferung Wilhelms II. und des Kronprinzen einverstanden erklärt haben, was von der Berliner Regierung übrigens in Abrede gestellt wird. Im Pariser Justizpalast erklärt man ferner, daß die englische Justiz den Vorrang zur Verurteilung des Kaisers fordere, da dieser im Königreich Großbritannien infolge der Juppelinsangriffe zweimal wegen Mordes zum Tode verurteilt sei.

Asquith erklärt, die Alliierten hätten ihre Ansicht dahin kundgegeben, daß frühere Haupt der deutschen Regierung in Anklagezustand zu versetzen und vor ein internationales Gericht zu stellen, dessen Zusammensetzung noch nicht feststeht. — In der britischen Presse kommen vorwiegend Stimmen zum Worte, die sich entschieden gegen die von den Alliierten geplante Bestrafung des Kaisers aussprechen.

Verschiedene Meldungen.

Brüssel, 9. Dez. Die belgischen Abgeordneten zur Friedenskonferenz sind: Emil Vandervelde, Justizminister, Oyens, Minister des Innern und der belgische Gesandte beim Vatikan Hans von Deufel.

Paris, 9. Dez. Unterstaatssekretär Deschamps kündigte an, vor Ablauf von vierzehn Tagen werde eine rasche Demobilisation der letzten Jahrgänge beginnen. Auch die allgemeine Demobilisation werde in einem nahen Zeitpunkt ihren Anfang nehmen.

Washington, 9. Dez. Die revidierte amerikanische Verlustliste ergibt folgende Daten: gefallen 28363, vermißt 14200, verwundet 189466, an Wunden gestorben 12101, sonst gestorben 18014.

London, 9. Dez. Die Übergabe der in den Waffenstillstandsbedingungen vorgesehenen 2000 deutschen Flugzeuge wurde letzte Woche fortgesetzt. Man erwartet, daß die Alliierten bald im Besitz der vollen Anzahl sein werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Nunmehr ist endlich eine Übereinkunft betreffend den Güterverkehr nach Schweden zwischen der schwedischen Eisenbahndirektion und der beteiligten Entente-Kommission in Stockholm zustande gekommen. Nach dieser Übereinkunft werden von Deutschland nach Schweden bestimmte Waren, hauptsächlich Rohstoffe, befördert, während Ausfuhrgenehmigungen für diejenigen Waren, welche in Treleborg ankommen, um nach Deutschland befördert zu werden, jeden Tag ausgegeben werden.

+ Aber die Mißstimmung in der Beamenschaft ließ sich der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus in einer Versammlung der Staats- und Gemeindebeamten Groß-Berlins näher aus und wandte sich gegen den „Geist des Mißtrauens und des Hasses, von dem die pflichttreuen auf dem Posten gebliebenen deutschen Beamenschaft in Stadt und Staat von den ihr beigeordneten oder vorgeordneten Machthabern verfolgt und beargwöhnt werde. Sie, die neue sozialistische Volksregierung, die doch einen Fortschritt gegen das alte System bedeuten sollte, kontrolliere alles

in Grund und Boden“. Redner befürchtet, daß man die Beamenschaft eines Tages überhaupt aus dem Dienste entlassen werde.

+ Der beste Beweis für die gefährliche Lebensmittelknappheit in Deutschland ist der, daß, wie aus Norwegen gemeldet wird, alle neutralen Gelandtschaften ihren Landsteuten eindringlich angeraten haben, sobald als möglich Deutschland zu verlassen und in die Heimat zurückzukehren, um der drohenden Hungersnot zu entgehen. Die Verschlechterung der Ernährungsbedingungen in Deutschland wird hauptsächlich auf die Waffenstillstandsbedingungen zurückgeführt.

+ Die Zahl der Toten und Verwundeten in Berlin bei dem Zusammenstoß am Freitag voriger Woche beläuft sich nach den bisherigen Feststellungen auf 15 Tote und 81 Schwerverwundete. Ob damit die Zahl der Opfer erschöpft ist, steht noch aus, da vielleicht zahlreiche Leichtverletzte nicht gemeldet haben.

+ Für eine öffentliche Brandmarkung der Deserteure hat sich der Soldatenrat in Riga ausgesprochen. Dieser Soldatenrat erklärt: „Der Zentralsoldatenrat der 8. Armee Riga meldet alle Deserteure und Soldaten, die eigenmächtig den Osten verlassen, dem Vertreter bei der Regierung, damit die Namen in den Heimatzeitungen veröffentlicht und die Leute mit dem Brandmal der Feigheit und Verräterei versehen werden. Von den Arbeitsnachweisstellen sollen solche „Lumpen als unwürdig ausgeschlossen werden“.

+ Das Kriegsministerium hat strenge Maßregeln gegen die Verschleuderung von Heeresgut erlassen. Alle Kommandobehörden und USR werden dringend ersucht, diesem unrechtmäßigen Verkauf mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die unberechtigten Verkäufer und Käufer von Staats-eigentum sehen sich schwerster Bestrafung aus.

+ Aber die Verwendung der russischen Vorkasse-gelder in Berlin, die der russische Vizekonsul Joffe teilt hat, gibt dieser selbst näheren Aufschluß in einem Telegramm, in dem er sagt, daß die Gelder dem jetzigen Minister Barth übergeben worden seien zum Ankauf von Waffen. Es seien zudem nicht bloß 105 000 Mark, sondern mehrere hunderttausend Mark gewesen, die er an Barth gezahlt hätte. Joffe schließt sein Telegramm mit den Worten: „Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den unabhängigen Ministern Haase, Barth und anderen geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben.“ Soweit das Mitglied der Reichsregierung Haase in Betracht kommt, erklärt dieser die Angaben Joffes für falsch.

+ Die Wiener Behauptung von der Verschwendung von Zuzuhren nach Deutsch-Oesterreich durch die bayerische Regierung ist nicht zureichend, wie letztere erklärt: Weder eine solche noch eine ähnliche Summe ist jemals an die Adresse der bayerischen Regierung gelangt und würde von ihr auch nicht angenommen werden. Die weitere Behauptung, daß Kohlenvorräte, die für Deutsch-Oesterreich bestimmt waren, in München und Bindau beschlagnahmt worden seien, trifft, soweit es sich um München handelt, nicht zu.

Schweden.

+ Die Regierung hat den Abbruch der Beziehungen zu Rußland angeordnet, da die Sowjetregierung das ihren Vertretern zugehörnde Recht, Kuriers abzulassen, mißbraucht, indem sie bolschewistische Propagandatellexatur in verschiedenen Sprachen zur Verbreitung in verschiedenen Ländern befördert. Die russischen Vertreter sollen Schweden sofort verlassen.

Amerika.

+ Wie wenig man ernsthaft an ein Abrücken denkt, zeigt die Flottenverkleinerung der Vereinigten Staaten. Der Marineminister Daniels erklärt nämlich in seinem Jahresbericht, er hoffe zwar, daß die Zeit des Betrübtes bald vorbei sein werde, empfehle aber doch die Durchführung des angekündigten Programms. Im letzten Jahre wurde die amerikanische Marine um 2 Schlachtschiffe, 38 Zerstörer, 28 U-Boote, 365 U-Bootsjäger und 18 Minenboote vermehrt. Gegenwärtig stehen 408 Schiffe im Dienst.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 9. Dez. Das Nachtrittsgebot des spanischen Vizekonsuls, Volo de Barnabe, ist von der Madrid-Regierung genehmigt worden.

Berlin, 9. Dez. Der Berliner Volksrat hat an die russische Regierung einen Bittsucher gerichtet, in dem er u. a. nochmals seine Freude über das angekündigte Erscheinen der russischen Delegation zur Tagung der deutschen Arbeit auspricht. Die Reichsregierung hat bekanntlich die Besetzung der Sowjetregierung abgelehnt.

Stuttgart, 9. Dez. Auf der Tagung der Arbeiterräte Württembergs wurde ein Antrag auf Überlegung der Wahltermine für die Reichs- und Nationalparlamente (möglichst in die erste Hälfte Januar) mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

München, 9. Dez. Die Regierung gibt bekannt, daß die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit bestimmten Truppen angewiesen wurden, erforderlichenfalls von der Waffe Gebrauch zu machen.

Hamburg, 9. Dez. Auch hier will man einer Gegenrevolution auf die Spur gekommen sein, die einen Wuch inszenieren wollte.

Kiel, 9. Dez. Der oberste Soldatenrat der Offizierskation gibt bekannt: Aus der Presse und anderen Mitteilungen ist ersichtlich, daß ehemalige Angehörige der Marine im Inlande in einer jeder Gesittung höhnischen Weise auftreten. Die Kieler Matrosen sprechen diesen Elementen ihren tiefsten Abscheu aus.

Königsberg, 9. Dez. Wie aus Riga berichtet wird, ist der Abtransport des aus 150 000 Mann und 53 000 Pferden bestehenden Ostheeres mit großen Schwierigkeiten verbunden, da vor allem die nötigen Transportmittel fehlen.

Die englische Regierung für die Aufhebung der Dienstpflicht.

Reuter meldet: Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Absicht zur Friedenskonferenz gehen wird, dort die Aufhebung der Militärdienstpflicht in ganz Europa vorzuschlagen. (Hierdurch wird die kürzlich veröffentlichte private Mitteilung Churchill offiziell bestätigt. Der Entschluß der englischen Regierung kommt eine große prinzipielle Bedeutung zu.)

Eine Rede Lloyd Georges.

Reuter meldet aus London: Lloyd George hielt auf einer Frauenversammlung in London eine Rede, in der er sagte, daß er vor 20 Jahren Anhänger des Frauenstimmrechtes war. Er setzte auseinander, daß der Krieg in Zukunft sehr schwierig, wenn nicht unmöglich gemacht werden müsse, deshalb müsse ein gerechter Friede kommen, der streng sei, aber ohne Rachsucht. Es dürfe keine elsaß-lothringische Frage mehr geben aus dem einfachen Grunde, daß, wenn die Alliierten den Fehler Deutschlands wiederholten, sie in fünfzig Jahren dasselbe Los wie Deutschland erfahren würden. Diejenigen, die für den Krieg verantwortlich seien, müßten auch zur Verantwortung gezogen werden, umso mehr, je höher sie stünden. Könige, Kaiser und Kronprinzen müßten für alle Zeiten wissen, daß die Strafe für von ihnen verschuldetes Elend auch auf ihr eigenes Haupt komme. Das deutsche Volk, das mit vollem Enthusiasmus in den Krieg gezogen sei, müsse ebenfalls verantwortlich gemacht werden. Die Nationen müßten wissen, daß sie nicht mehr ungestraft einen Krieg beginnen können. Die großen Heere, die den Krieg herausbeschworen, und die Regierungen zum Kriege treiben, dürften in Zukunft nicht mehr gebildet werden. Wenn man in Frieden leben wolle, dürfe keine Dienstpflicht mehr in Europa sein. Deshalb sei auch Lloyd George ein Anhänger des Völkerbundes.

Vom Tage.

Schwere Bedingungen für Köln.

Köln, 10. Dez. Im Auftrage des Generals Ferguson besprach der Kommandant der britischen Militärpolizei mit dem Oberbürgermeister der Stadt Köln die der Stadt auferlegten Bedingungen, die sehr schwer sind und sehr hart in das Leben der Bevölkerung eingreifen werden. Sie enthalten die Gruppierung gegenüber den englischen Offizieren, den englischen Fahnen und der Nationalhymne. Ferner würden sie die Lahmlegung des gesamten Verkehrs vom frühen Abend bis morgens 7 Uhr bedeuten. Auch bringen sie große politische Beschränkungen. Der Oberbürgermeister sprach für eine Milderung der Bedingungen, die teilweise mit einer Stadt von der Größe Kölns unvereinbar und undurchführbar seien. Der Polizeigeneral erwiderte, daß die Bedingungen möglicherweise nach einiger Zeit gemildert würden.

Rote Rosen.

Roman von H. Courts-Mahler.

52. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Die junge Frau vermochte jedoch nur mit Ueberwindung einige freundliche Worte zu sagen. Ihr war zumute, als sehe Gräfin Gerlinde wie ein feindlicher Schatten auf der Schwelle ihres Heims. Graf Rainer aber begrüßte Gerlinde mit großer Wärme und Herzlichkeit. Er küßte ihr einige Male die Hand und dankte ihr, daß sie gekommen war, sie zu begrüßen.

„Unser Haus wird stets das deine sein, Gerlinde. Je öfter du bei uns sein wirst, je mehr werden wir uns freuen. Und wir werden dich auch bald in deinem neuen Heim besuchen. Ich freue mich auf die gemüthlichen Plauderskündchen mit dir. Hast du dich im Witwenhaus gut eingelebt?“

Gräfin Gerlinde hatte gespannt in den beiden Gesichtern geforscht. Und sie sah darin nicht, was sie gesüchtet hatte, den hellen, sonnigen Schein, der nur wahrhaft glücklichen Menschen eigen ist. Das ließ sie innerlich aufsteigen. Rainer hatte an Jostas Seite das Glück nicht gefunden in diesen Wochen des Alleinseins mit ihr. Und nun sollte er es auch nicht mehr finden. Jetzt war sie da, um darüber zu wachen, daß diese beiden Menschen sich im Herzen fremd blieben.

Hast übermühtig bligten ihre Augen auf, als sie antwortete:

„Man lernt sich geschehen. Besser. Ich stoße mich schon nicht mehr an allen Ecken in meinem kleinen Zimmer. Und wenn ich eine Wanderung durch alle meine Räume mache, brauche ich genau siebzehn Schritte, um sie zu durchqueren. Zeitweise war es in diesen Wochen meine einzige Beschäftigung, das auszuwählen. Baronin Wittberg, die mich besuchte, findet es riesig gemüthlich bei mir. Nun, vielleicht komme ich mit der Zeit auch noch zu dieser beglückenden Ansicht.“

In den letzten Worten lag ein leiser Spott. Graf Rainer merkte das aber nicht. Er lächelte harmlos und bot Josta den Arm, um sie über die Schwelle zu führen. Einen Moment stand Gräfin Gerlinde, als wollte sie ihr den Weg versperren. Josta hatte

wenigstens das Empfinden. Aber endlich mußte sie doch zur Seite treten.

Die Leute zerstreuten sich nun, die Diener begaben sich auf ihre Posten, und Gräfin Gerlinde schritt wie selbstverständlich neben dem jungen Paar, als sei sie gewillt, es nicht allein zu lassen.

Aber da mußte sie erleben, daß die neue Herrin von Raimberg ziemlich energisch die Initiative ergriff.

„Ich bin ein wenig müde, liebe Gerlinde, und es verlangt mich nach Ruhe; wir sind seit dem frühesten Morgen unterwegs. Du entschuldigst uns vorläufig. Sobald ich mich ein wenig in meinem neuen Reich umgesehen habe, werde ich mir erlauben, dir einen Besuch im Witwenhaus zu machen. Und dann wirst du uns recht oft das Vergnügen deines Besuches machen. Ich danke dir herzlich für dein Willkommen. Auf Wiedersehen also!“

Damit reichte sie ihr die Hand. Gräfin Gerlinde war verabschiedet, und es war ihr sofort klar gemacht worden, daß sie in Zukunft nur noch Gastrecht in diesen Räumen hatte.

„Das sollst du mir büssen! Nichts will ich dir vergessen, was ich um deinetwillen habe leiden müssen an Demütigungen und Schmerzen.“

Graf Rainer war im Grunde froh, daß Josta Gerlinde jetzt verabschiedete, aber er war ein wenig verlegen, daß es so energisch geschah. Deshalb ergriff er zur Abschwächung Gerlindes Hand, führte sie an seine Lippen und sagte herzlich:

„Sobald wir restauriert sind, sehen wir uns. Wir trennen uns schon auf die abendlichen Plauderskündchen, wenn mich keine Geschäfte mehr abrufen. Also auf Wiedersehen, liebe Gerlinde!“

Diese vermochte zu lächeln, trotz des Großen in ihrem Herzen.

„Auf Wiedersehen! Ruhe dich gut aus, kleine Frau, du bist ein wenig blaß und müde.“

Damit zog sie sich zurück.

Graf Rainer führte seine Frau in ihr Zimmer. Das Erste, was Josta hier sah, war eine Halle roter Rosen, die in Vasen und Jardiniere ihre Zimmer schmückten. Ein süßer Duft drang ihr entgegen. Sie atmete tief auf.

„Wer hat meine Zimmer so herrlich geschmückt, Rainer?“ fragte sie zu ihm aufsteigend.

„Es geschah auf meinen Befehl, Josta. Freut es dich ein wenig?“

Ein leises Rot fleg in ihr Gesicht.

„Sehr. Diese roten Rosen sind so herrlich; es sind dieselben, die du mir immer gesandt hast während unserer Verlobungszeit. Ich habe noch nie so viele und so wundervolle Rosen gesehen. Sind sie alle in Raimberg gezogen, diese Rosen?“

„Ja, sie werden hier besonders sorgfältig gepflegt. Du weißt doch, daß diese roten Rosen eine besondere Bedeutung für unser Geschlecht haben?“

Fragend sah sie ihn an.

„Nein — das weiß ich nicht. Welche Bedeutung haben sie?“ fragte sie hastig.

„Es ist dieselbe Rosenfarbe, die du in unserem Wappen findest, dessen Bedeutung du ja kennst. Seit unserm Abhören diese drei Rosen auf das Bett gelegt wurden, sind diese roten Rosen Glückbringer für unser Geschlecht geworden. Und seither sind sie besonders in Raimberg gepflegt worden.“

Josta sentte das Köpfchen auf einen Strauß dieser Rosen herab. Deshalb also hatte Rainer ihr immer rote Rosen gesandt und jetzt ihr Zimmer damit schmücken lassen. — Freilich — was sollten sie auch sonst für eine Bedeutung haben! Sie hatte sich immer wieder fragen müssen:

„Weshalb sendet er mir die roten Rosen der Liebe, da er mich doch nicht liebt?“

Nun wußte sie, daß für ihn diese Rosen eine andere Bedeutung hatten. Ach, was hätte sie darum gegeben, wenn es nur Rosen der Liebe gewesen wären. Rainer ahnte nicht, was in Jostas Köpfchen für Gedanken kreisten. Er hatte ihr rote Rosen geschenkt, weil er sie liebte. Aber das durfte er ihr nicht sagen.

„Wenn du dich umgesehen hast, laß mich rufen, Josta. Ich will dich dann in deinem Reich herumführen.“ sagte er herzlich.

„Ich freue mich darauf“, erwiderte sie freundlich. Er küßte ihre Stirn und zog sich zurück. Als er eine Stunde später bei ihr eintrat, fragte er:

„Du bist doch nicht zu müde? Sonst verschleichen wir den Rundgang durch das Schloß.“

den, wenn sich die Bevölkerung ruhig verhalte. Die letzte Entscheidung werde General Ferguson treffen, der heute in Köln eintrifft.

Ein Lohnamt.

Der Vorsitzende des politischen Kabinetts in Preußen, Paul Hirsch, hat im Berliner Schriftstellerkreis über die politische Lage gesprochen. Er teilte u. a. mit, daß die Regierung beabsichtigt, ein Lohnamt zu gründen, etwa nach der Art des preussischen Wohnungskommissariats. Dieses Amt soll vor allem Aufklärung über die schädlichen Folgen übertriebener Lohnforderungen in den Reihen der Arbeiter verbreiten. Angesichts der schlechten Finanzlage in Preußen rechnet man anstelle der früheren größeren Überschüsse mit einem Fehlbetrag von 1 1/4 Milliarden Mark. In nächster Zeit wird eine Erhöhung der Eisenbahntarife für die Personenbeförderung um mindestens 60 Prozent eintreten.

Kein Verhandeln des Verbandes mit den A- und S.-Räten.

Wie die „Köln. Zig.“ erfährt, bekräftigt sich die Meldung, daß der Verband die Auflösung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte fordern wird. Die dahingehende Note des Verbandes steht unmittelbar bevor. Die bayerische Gesandtschaft in der Schweiz hat bereits eine entsprechende Erklärung seitens der Verbandsvertreter erhalten. Der Verband lehnt nicht nur jede Verhandlung mit den A- und S.-Räten ab, sondern auch jede engpässige Regelung mit der gegenwärtigen Regierung, die er als einseitige sozialistische Regierung nicht als legitimiert erachtet, um im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Den russischen Sowjetmitgliedern die Abreise nach Deutschland untersagt.

Berlin, 10. Dez. In der gestrigen, mehrere Stunden dauernden Kabinettsitzung wurde beschlossen, den Vertretern der russischen Sowjetrepublik, die an der Zentralversammlung der A- und S.-Räte Deutschlands teilnehmen wollten, die Abreise zu untersagen.

Besitzergründung der Reichsländer durch Frankreich.

Basel, 9. Dez. Wie die französischen Blätter melden, wird die französische Regierung offiziell und durch einen feierlichen Akt von den beiden Provinzen Besitz ergreifen. Frankreich beabsichtigt offenbar, daß die französischen Ansprüche einer eingehenden Untersuchung, wie sie die Friedenskonferenz mit sich führen würde, nicht standhalten werden. Die Welt soll deshalb vor eine Tatsache gestellt werden.

Amerikanische Lebensmittelkommission unterwegs.

Genf, 9. Dez. Aus New York wird gemeldet, mit Wilson habe sich eine Lebensmittelkommission eingeschifft, welche die Versorgung der Mittelmächte mit Lebensmitteln und Rohstoffen übernehmen soll.

Kein Diskussions.

Basel, 9. Dez. Nach Meldungen aus Amerika findet keine diskussionäre Besetzung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten statt, sondern eine feste Ansprache. Die Voraussetzung hierfür aber ist, daß eine vom deutschen Volke beglaubigte Regierung vorhanden ist.

Absehung polnisch gefinnter AEM.

Schlesien, 9. Dez. Der hiesige Soldatenrat beschloß einstimmig die Absehung seiner beiden Vorsitzenden Burchard und Dr. Schröder, die durch ihre wenig vaterländische, polnisch orientierte Politik lebhaften Anstoß beim Deutschland erregt und bis zuletzt die Ausbeutung des so notwendigen Geldes für sich mit allem Nachdruck betrieben hatten.

Kirche und Staat in Hamburg.

Hamburg, 9. Dez. Der AEM beschloß, daß vom 1. Januar ab der Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen hamburgischen Staates fortfällt, auch Schulanfänger sollen unterbleiben. Es bleibt unbenommen, Religionsunterricht außerhalb der Schule erteilen zu lassen.

Liebkecht an allen Ecken.

Berlin, 9. Dez. Heute nachmittag wurde das Volkshaus alarmiert, da Liebkecht mit einer Anzahl Anhänger in das Haus eingedrungen war und versuchte, die amtlichen Sicherheitsmaßnahmen durch seine Leute zu erzwingen. Der Versuch Liebkechts mißglückte.

Auslieferungungsverfahren gegen Ludendorff und Falkenhahn?

Osag, 9. Dez. „Daily Mail“ behauptet, die Alliierten hätten das Auslieferungungsverfahren gegen Ludendorff und Falkenhahn eingeleitet.

Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„Nähe bin ich gar nicht mehr, Rainer. Bist du böse, daß ich Gerlinde entließ? Ich wollte gern mit dir allein sein, wenn du mich hier von meinem neuen Reiche Besitz ergreifen läßt. In Gerlindes Gegenwart hätte ich das Gefühl gehabt, als sei ich hier ein Eindringling. Sie ist mir auch noch so fremd. Ich bin in ihrer Gegenwart unsicher und befange, zumal ich hier auf ungewohnten Boden stehe, wo ich erst Wurzeln schlagen muß.“

„Du mußt niemals fragen, ob ich dir böse bin, Rainer. Wie wird das geschehen. Du sollst immer nur tun, was dir Freude macht. Und wenn dich Gerlinde stört, hast du ein Recht sie zu entlassen.“

„Aber dir war sie nicht störend, du hättest vielleicht gern mit ihr geplaudert nach der langen Trennung. Du plauderst doch gern mit ihr, nicht wahr?“

„Gewiß, sehr gern. Und du wirst das auch noch lernen. Gerlinde ist eine der geistvollsten und amüsantesten Frauen, die ich kenne. Aber wenn ich dein Gesellschaft genießen soll, bedarf ich wahrlich keine anderen.“

So sprachen sie zusammen. Und bei aller Freundlichkeit und Herzlichkeit merkte man doch heraus, daß sie sich beide bemühten, sich einander anzupassen. Weil sie sich gegenseitig ihr Innerstes verschlossen hielten, kam etwas Unfreies in ihren Verkehr. Und das führte sie beide mit großer Pein, ohne es hindern zu können.

Als Rainer seine junge Frau dann erst durch ihre und seine Zimmer führte, und dann durch die übrigen Räume, wurde sie lebhafter und ungezwungener, wie immer, wenn das Persönliche ausschaltete. Sie war entzückt über die wundervolle Ausstattung des Schlosses. Ihre Zimmer fand sie einzig schön. Sie wurde so lebhaft und froh, wie er sie seit der Verheiratung noch nicht gesehen hatte, und das beglückte ihn sehr. Seine Augen hingen voll Entzücken an ihrem leuchtenden Antlitz, und es machte ihm sichlich Freude, ihr alle Schätze zu zeigen, die das Schloß barg.

(Fortsetzung folgt.)

Tschechische Übergriffe.

Wien, 9. Dez. Die Tschechen haben bisher 70 deutsche Orte besetzt. An der deutschen Grenze halten die Tschechen alle Eisenbahnzüge mit Gütern an. Sie verlangen von den deutschen Grenzbehörden Vorauszahlung in deutscher Währung mit der Maßgabe, daß sonst die Waren zurückbleiben müssen.

Die Heimkehr der amerikanischen Truppen.

Basel, 9. Dez. Nach Washingtoner Meldungen werden im Dezember 175 000 Mann amerikanischer Truppen von Europa nach Amerika zurückbefördert. In jedem folgenden Monat werden 300 000 Mann die Reise in die Heimat antreten.

Invasion amerikanischer Berichterstatter.

Genf, 9. Dez. Aus New York ist ein Dampfer mit 550 amerikanischen Zeitungsreportern abgegangen, die sich nach Paris zur Berichterstattung über die Friedensverhandlungen begeben.

Englisch-amerikanisches Bündnis.

Genf, 9. Dez. Bonar Law hielt eine Rede, in der er sagte, er sehe voraus, daß das Ergebnis des Krieges ein längeres Bündnis zwischen England und Amerika sein werde.

Zur Verhaftung Tyssens.

Die in Wilhelm (Ruhr) erfolgte Verhaftung von Tyssen und Stinnes und anderer rheinischer Großindustrieller durch den dortigen AEM geschah wegen angeblichen Landesverrats, der darin erblickt wird, daß diese in Dortmund eine Versammlung abgehalten hätten, in der Tyssen gesagt hätte, man müsse unbedingt die Entente-Truppen ins Land rufen, um Ordnung zu schaffen. Die Verhafteten bestritten, daß diese Versammlung überhaupt stattgefunden hat, sie wurden aber trotzdem nach Berlin gebracht, wo im Justizministerium über die Angelegenheit beraten wird. Dort ist man, wie verlautet, zu dem Ergebnis gelangt, der Verdacht sei unbegründet, so daß die Entlassung der Verhafteten bald erfolgen dürfte.

Bermögen und Schulden der Staaten.

Die Veränderungen im Kriege.

Die „Revue d'Economie politique“ (Paris) veröffentlicht eine von der englischen Filiale des Schweizer Bankvereins aufgestellte Tabelle des Nationalvermögens, der Einnahmen und Schulden der hauptsächlichsten Staaten der Welt, welche die Zeitchrift als zuverlässig betont. Wir entnehmen dieser Tabelle einige Zahlen, welche die größten der kriegsführenden Staaten betreffen und darum besonders interessieren dürften.

Nach den Schätzungen der letzten Friedenszeit stehen die Vereinigten Staaten mit einem Einkommen von 151 300 Millionen Frank an erster Stelle. Es folgen England mit 55 500 Millionen, Deutschland 54 000, Frankreich 41 600, Rußland (europäisches) 35 300, Österreich-Ungarn 20 100 und Italien 15 130 Millionen Frank.

Das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten wurde auf 946 000 Millionen Frank geschätzt. An zweiter Stelle stehen England und Deutschland mit je 378 000 Millionen. Es folgen Frankreich mit 302 900, Rußland mit 216 000, Österreich-Ungarn 125 000 und Italien 88 000 Millionen Frank.

Die Schulden dieser sieben Staaten betrugen:

| | vor dem Kriege | nach dem Stand im Dezember 1917 |
|------------------------------|----------------|---------------------------------|
| England | 17 880 | 189 500 Mill. Frank |
| Frankreich | 33 163 | 118 440 . . . |
| Italien | 14 500 | 46 700 . . . |
| Rußland | 24 120 | 146 200 . . . |
| Vereinigte Staaten | 5 250 | 15 680 . . . |
| Deutschland | 6 800 | 121 100 . . . |
| Österreich-Ungarn | 12 340 | 88 000 . . . |

Im Dezember 1917 entfielen Schulden auf den Kopf der Bevölkerung in England 2899 Frank, in Frankreich 2973, in Deutschland 1789, in Österreich 1765, in Italien 1285, Rußland 671, Vereinigte Staaten 151 Frank.

Zunehmende Schulden werden man aus diesen, an sich recht interessanten Zahlen nicht ziehen dürfen. Denn einmal erstreckt sich diese Statistik nur auf die Zeit bis Ende 1917 und nicht bis zum Kriegsende; sodann aber fällt auch sehr wesentlich ins Gewicht, ob die Schuldenlast einen siegenden oder einen unterliegenden Staat trifft, da der Sieger einen großen Teil seiner Lasten auf den Gegner abzuwälzen, diesen noch tiefer in die Schulden hineinzudrücken, sich selbst aber mindestens für eine lange Reihe von Jahren Erfolge zu sichern vermag, die das Volkvermögen enorm steigern, dem Staate Rieseneinkünfte einbringen und schließlich die Lasten kaum noch spürbar machen.

Industrie und Revolution.

Berlin, 9. Dez. Der Bund der Industriellen hatte am letzten Samstag seine Berliner Mitglieder im Savoy-Hotel versammelt. Nach einem Vortrage des Geschäftsführers Dr. Schneider wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die versammelten Berliner Mitglieder des Bundes der Industriellen treten ein für früheste Einberufung der Nationalversammlung und fordern von der Regierung, daß sie registriert. Nur durch entschlossene Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit kann das deutsche Wirtschaftsleben noch in letzter Stunde vor dem drohenden Zusammenbruch bewahrt werden. Von den Führern der Arbeiterschaft, vor allem von den Vertrauensmännern der Gewerkschaften, wird erwartet, daß sie sich trotz der Schwere der Zeit als wirkliche Führer zeigen, daß sie sich nicht beseitigen lassen von bisher unorganisierten Fanatikern und jugendlichen Schreibern, die durch unsinnige Forderungen, durch Willkür und Anarchie jede Produktion unmöglich machen. Arbeiter und Industrielle haben das gleiche Interesse an dem raschen Wiederaufbau der Volkswirtschaft, an der Sicherung und Wiedererstarung der deutschen Industrie. Verarmt durch den Krieg, kann Deutschland sich nicht leisten die Durchführung sozialpolitischer Forderungen, für die ihm selbst in der reichen Zeit vor dem Kriege die Mittel gefehlt hätten. Ungeheure Arbeit erwartet uns! Unentbehrlich für den Wiederaufbau ist die leitende, verantwortliche Tätigkeit des deutschen Unternehmers, sein Wagemut, seine Entschlossenheit. Diese müssen sichergestellt werden gegen die Experimente der Sozialisierung.

Aus den Versuchen, die Einheit des Reichs zu lockern, droht dem deutschen Wirtschaftsleben eine weitere Gefahr. Alle Gebiete des Deutschen Reichs sind aufeinander angewiesen. Wenn wir zurückfallen in die Zeit der Zersplitterung, wie sie von den Tagen des Zollvereins her einst mühsam beseitigt wurde, wird wirtschaftliche Dynamik dauernd unser Los. An alle deutschen Industriellen, so heißt es zum Schluß, richten wir die Aufforderung zur regen und opferwilligen

Beteiligung am politischen Leben, besonders zur Mitarbeit bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Jeder Industrielle, der mit bisher dem politischen Leben fern bleibt, ist mit schuld daran, wenn der deutschen Industrie der gebührende und notwendige politische Einfluß fehlt.

Russische „Sozialisierung“.

Was bis jetzt erreicht und nicht erreicht wurde.

Aus mehr als einem Grunde ist die Entwicklung der Dinge in Rußland für uns äußerst wesentlich. Einmal, weil die Einwirkung des Bolschewismus auf Politik und Wirtschaftsleben für uns ein Experiment darstellt, je nach dem, zur Beachtung oder zur Warnung, und zweitens, weil Deutschland, komme es, wie es wolle, auf Rußlands Bodenschätze und landwirtschaftliche Erzeugnisse angewiesen sein wird — letzteres vermutlich mehr als früher. Nun ist ja natürlich den großrussischen Zeltungen, die selbstverständlich bolschewistisch schreiben müssen, nicht viel zu entnehmen, aber die Blätter der Ukraine, z. B. „Kiewskaja Prawda“ und „Kiewskoye Journal“, geben unparteiische Aufschlüsse und sogar schlagende offizielle Statistiken.

Die „Sozialisierung“ der Betriebe ist in Rußland schon recht vorgeschritten. Der Vorgang ist recht einfach. Ein Regierungsdekret erklärt diese oder jene Fabrik, dies oder jenes Bergwerk usw. zum Volkseigentum. Der bisherige Besitzer, die Aktiengesellschaft oder wie die Firma nun heißt, wird ohne Entschädigung enteignet. Meist (nicht immer) wird dann die alte Verwaltung abgesetzt und ein Fabrikkomitee von Angestellten und Arbeitern gewählt, das dem Obersten Wirtschaftsrat in Moskau und der entsprechenden Zentralstelle unterstellt ist. Solche Zentralstellen sind: „Sentrometall“ für die Metallindustrie, „Sentrosklo“ für Lederindustrie, „Sentroschahar“ für Zucker, „Sentromplo“ für Eisenindustrie usw. In vielen Fällen hat man zu dem Mittel einer vorläufigen Beschlagnahme gegriffen, indem man das Unternehmen zwar als Nationalbesitz erklärt, die bisherigen Besitzer aber als Räucher gewissermaßen weiterarbeiten läßt. In solchen Fällen ist praktisch eigentlich, bis der Staat endgültig zugreift, nichts geändert, nur dürfen die Betriebe nicht mehr verkauft, aufgeteilt, belastet oder sonstwie wesentlich verändert werden. Die Unsicherheit der Lage, die Gefahr der Enteignung, Verhaftung und Erschießung hat in solchen Fällen freilich die Besitzer meist veranlaßt, recht bald das Beste zu suchen.

Durch ein Dekret sind nun durchgehend alle größeren Betriebe Rußlands (außer der Naphtha-Industrie, den Versicherungsgesellschaften und einigen kleineren Zweigen) dieser Regelung theoretisch unterworfen. Nach amtlicher Statistik waren im September d. Js. bereits 613 Industrie-Unternehmungen tatsächlich in sozialistische Verwaltung übernommen, die Hälfte davon sind Bergwerke, dann kommen chemische Betriebe, Unternehmungen der Nahrungsmittel-Industrie, Papierfabriken usw. Der Rest befindet sich im Übergangsstadium.

Und die Erfolge? Sie sind wahrhaft erschütternd. Überall ist der Ertrag außerordentlich zurückgegangen. Die Einnahmen bleiben hinter den Ausgaben zurück, obwohl die Fabriken mit Einrichtung und Rohstoffen ohne Ersatz übernommen wurden. Schon im ersten Vierteljahr dieses Jahres mußte der Staat 433 Millionen Rubel ausahlen, und jetzt werden diese Aufschüsse mindestens schon die Summe einer Milliarde erreicht haben. Der bekannte bolschewistische Volkswirtschaftler Adolf v. Bogel hat angeführt, daß der Erfolg treffend: Die Moskauer Sowjet-Regierung hat aus der russischen Industrie eine Armenanstalt gemacht, in der die Arbeiter verpflegt werden, ohne daß Einkünfte zu erwarten sind!

Freilich wirkt auch Mangel an Rohstoffen mit, aber die Leinenindustrie und die weitere Textilindustrie, der es an Rohstoffen durchaus nicht fehlt, leidet genau so. Wo sich noch privatwirtschaftliche Betriebe in Rußland gehalten haben, stehen diese bedeutend günstiger. Und wenn teilweise in der Ukraine sich Mißstände zeigen, wie die Zerrüttung des gesamten Eisenbahnwesens, so sind auch das Folgen der bolschewistischen Invasion, die gerade lange genug währte, um die Werke und Fabriken auf das empfindlichste zu schädigen. In manchen Beziehungen sind die Verhältnisse in Großrußland sogar günstiger als in der Ukraine — und trotzdem das klägliche Ergebnis.

Volkswirtschaft.

* Lebensmittelverordnungen des Bundesrats bleiben in Kraft. Auf eine von dem Reichsverband der Obst- und Gemüsehändler gestellte Anfrage, ob nach der Auflösung des Bundesrats die von diesem erlassenen Verordnungen noch Rechtsgültigkeit behalten, hat das Reichs-Ernährungsamt folgenden Bescheid erteilt: Die Auffassung, daß die von den bisherigen Institutionen des Reichs erlassenen Vorschriften als nicht mehr zu Recht bestehend anzusehen seien, ist nicht zutreffend. Alle ordnungsmäßig erlassenen Verordnungen und Verfügungen der früheren Gewalten bleiben vielmehr so lange in Kraft, bis sie ausdrücklich aufgehoben werden. Da das bezüglich der Verordnungsbeschränkungen im Handel mit Lebensmitteln nicht geschehen ist, sind die Verordnungen also genau so verbindlich, für alle Beteiligten wie bisher. Solange nicht eine wesentliche Besserung der allgemeinen Versorgungslage eintritt, kann eine Änderung hierin auch nicht in Aussicht gestellt werden.

* Die Freigabe der Rheinschiffahrt ist jetzt wieder erfolgt. In Köln ist ein Kommissariat eingerichtet, das seinen Dienst in der Eisenbahndirektion hat. Die Rheinschiffahrt unterliegt der Kontrolle der in Köln eingetroffenen internationalen Schiffsahrtskommission. Diese hat Unterabteilungen in Duisburg, Emmerich, Mannheim und Straßburg gebildet.

* Militäruniformen beliebig verwendbar. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbelegschaft ist das alleinige Recht der Kommunalverbände und anderer behördlich zugelassener Stellen zum entgeltlichen Erwerb von getragenen Uniformen aufgehoben. Die getragenen Uniformen dürfen von jetzt ab auch von Geschäften, insbesondere vom Kleiderhandel, gekauft werden. Bei dem großen Mangel an Ausstattungs- und den hohen Preisen im freien Handel wird empfohlen, die im Publikum befindlichen Militärstücke zu bürgerlichen Kleidungsstücken umzuwandeln.

* Einschränkung des Papierverbrauchs für Zeitungen. Im Reichsgesetzblatt wird eine Verordnung über Druckpapier veröffentlicht, die den Wochenumfang der Tageszeitungen unter Zugrundelegung ihrer Seitenzahl und Erscheinungsart einschränkt und die Zirkulation und den Umlauf unverkaufter Exemplare verbietet. Sie ist veranlaßt durch die augenblicklichen Kohlen- und Transportverhältnisse, die für die nächste Zeit eine Papierbelieferung der Tageszeitungen in dem bisherigen Umfang als unbefriedigend erscheinen lassen und stellt lediglich eine vorübergehende Maßnahme dar, durch die der Presse in ihrer Gesamtheit während der nächsten schwierigen Wochen das Weitererhalten — wenn auch in gleichmäßig verkleinertem Umfang — ermöglicht werden soll.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 11. Dezember 1918.

* (Aus dem Rückzugsgebiet.) Der Rückzug unserer Heere ist beendet. Nur vereinzelte Nachzügler folgen den großen Massen durch das Rhein-Main-Gebiet gen Osten. Nunmehr sieht man, wie furchtbar die prachtvollen Straßen, die den Stolz unserer Wegebauverwaltung bildeten, unter dem Durchzug der gewaltigen Kolonnen gelitten haben. Bis auf den Unterbau ist der Straßenkörper von den Kraftwagen zertrümmert und zermalmt. Fußwege und Fahrwege zerfielen in eine unendliche Menge Schlammrinnen, in der Hufeisen, Konfervenbüchsen, zerbrochene Wagenzeug usw. in ungezählten Mengen zu finden sind. An den Wegrändern liegen zusammengebrochene Wagen, zertrümmerte Räder, hin und wieder ein totes Pferd, das den ungeheuren Anstrengungen der Straßen erlag. In zahllosen Fällen verhaften die Truppen schadhafte gewordene Geräte, Fuhrwerke, erschöpfte Tiere an die Dorfbewohner. Ungeheure Summen wird es kosten, bis die zerstörten Landstraßen wieder das glänzende Friedensbild von ehemals zeigen.

* (Eigenartiges Hamsterversteck.) Als vor einigen Tagen in einem Kirchdorf am Main einige Kinder die Kirchenorgel reingriffen, machte sich ein starker Tabakgeruch bemerkbar. Bei näherem Nachsehen fanden sie in den Tiefen der Orgel 4-5 Pfund besten Tabaks, Friedensmariel. Das war aber noch nicht alles. Das kirchliche Instrument barg ferner 80 Dosen eingemachtes und zwei prachtvolle Schinken. Die Kinder erzählten natürlich davon im Dorfe. Als jedoch am nächsten Tage der A. und S.-Rat die Orgelbesuche beschlagnahmte, hatte der unbekannte Hamster seine Waren schon in Sicherheit gebracht.

Siegen. Von einem in der Bismarckstraße haltenden Wagen einer Kraftwagenkolonne wurde nachlässigerweise eine einen Zentner schwere Geldkiste mit Rechnungen, Belegen und einem hohen Gelbbetrag gestohlen.

Montabaur, 8. Dez. Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen richtete an die Bevölkerung des besetzten Gebietes eine Bekanntmachung, der wir folgendes entnehmen: Das Heer der Vereinigten Staaten von Amerika, in Verbindung mit den militärischen Behörden der alliierten Mächte wirkend, hat befohlen: ... im Bezirk Wiesbaden, Provinz Hessen-Nassau, die ganzen Kreise von St. Goarshausen, Unterlahn und Unterwesterwald, mit Ausnahme der Teile der drei letzten Kreise, die ferner als 30 Kilometer vom östlichen Ende der Koblenzer Rheinbrücke liegen. Das oben beschriebene Gebiet und seine Einwohner unterstehen den militärischen Verordnungen und der Autorität des amerikanischen Heeres. Diese Verordnungen sind ausdrücklich: Man verlangt einen unbedingten Gehorsam von allen. Diejenigen, die das Gesetz beobachten, brauchen keine Angst zu haben. Das amerikanische Heer bezweckt keinen Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Alle, die sich geschnellig und friedlich benehmen, und den Vorschriften der militärischen Behörden Folge leisten, können auf Schutz von Person, Haus, Gut und Glauben rechnen. Alle anderen werden sofort mit Entschlossenheit und Strenge zur Rechenschaft gezogen. Das amerikanische Heer wird sich in seinem Verhalten streng an das Völkerrecht sowie an die von der zivilisierten Welt anerkannten Kriegsgrundsätze und Gebräuche halten. Hierfür muß die Bevölkerung vermeiden, den amerikanischen Truppen durch Wort oder Tat Feindseligkeiten zu zeigen oder Hindernisse in den Weg zu setzen. Die Bevölkerung hat jetzt die Pflicht, ihren Lebensbetrieb ordnungsmäßig fortzuführen, die normalen Zustände ihrer Schulen, Kirchen, Krankenhäuser und Wohltätigkeitsanstalten wiederherzustellen und ihr zivilisiertes Volksleben wieder aufzunehmen. Darin wird sie nicht gehindert, sondern unterstützt und beschützt werden. Insofern ihre Haltung und ihr Benehmen es zuläßt, werden die Gerichte, Beamten und Einrichtungen unter Aufsicht der amerikanischen Behörden weitergeführt und die jetzigen Gesetze und Vorschriften, insofern sie die Rechte und Sicherheit der amerikanischen Truppen nicht beeinträchtigen, werden ungeändert in Kraft bleiben. Jede Verletzung des Kriegesrechtes, jede Feindseligkeit und jeder Gewalttatversuch, sowie Ungehorsam gegen die Verordnung der militärischen Behörden wird strengstens bestraft.

Bad Nauheim. Das Gouvernement Mainz hat seinen Sitz nach hier verlegt.

Frankfurt a. M. Am Sonntag mittag kurz nach 11 Uhr drangen Soldaten in die von der Militärverwaltung gemieteten Lagerhäuser der Feilhandlung von Goldschmidt & Co., und plünderten die hier aufgestapelten Vorräte von Militär- und Zivilbedarf. Aus allen Fenstern des freiliegenden Gebäudekomplexes flogen tausende und aber tausende von Mänteln, Stiefeln, Hosen, Rucksäcken usw. auf die Straße und in die Höfe, wo sich eine von Minute zu Minute anschwellende riesige Menschenmenge ansammelte, die schließlich den Hof füllte und sogar die Dächer eines Nachbarhauses besetzte. Laufend Hände griffen gierig nach den herabfallenden Gegenständen, und oft spielten sich erbitterte Kämpfe um den Besitz eines Mantels oder eines Paares Schuhe ab. Die Wachmannschaften des Magazins waren gegen die Menge machtlos und verhielten sich von vornherein sehr passiv. Sie erklärten, daß sie von ihrer Waffe keinen Gebrauch machen dürften. Gegen 12 1/2 Uhr war die Plünderung vorüber.

Wiesbaden, 8. Dez. Zu Raub und Plünderungen kam es gestern Abend im Hofe des Kavalleriehauses am Schloß. Im Laufe des Tages war dort die Ausgabe von Kleidungsstücken und Schuhen an die Heeresentlassenen vorgenommen worden, auch sollte eine solche gegen Entgelt an andere Bedürftige stattfinden. Anfangs ging auch alles seinen ordnungsmäßigen Gang. Als schließlich aber die Ausgabestelle dem riesigen Andrang nicht mehr gewachsen war und die Abfertigung zu lange dauerte, begann die Menge sich selbst mit den lagernden Vorräten zu versorgen. So artete der Vorgang zu einem förmlichen Tumult aus, der seinen Höhepunkt erreichte, als die Menge einen im Hof stehenden Möbelwagen plünderte, der mit Liebesgaben des Roten Kreuzes, mit Zigaretten, kleinen Gebrauchsgegenständen aller Art, wie sie für die Soldaten gedacht waren, gefüllt war, und dessen Inhalt von der Menge völlig ausgeraubt wurde. Die Sicherheitsorgane waren völlig machtlos. Wie man mitteilt, war im Hof ein Maschinengewehr aufgeschoben, um der Menge Ruhe einzuflöschen, und es sollen auch einige Schüsse gefallen sein. Daß es aber zu einem Blutvergießen kam, wie Gerüchte wissen wollen, darüber ist nichts bestimmtes bekannt. Jedenfalls steht fest, daß die Nacht des Arbeiterrats gegenüber

diesen bedauerlichen Ausschreitungen völlig versagte, und man könnte fast sagen, daß er eine gewisse Verantwortung an diesen Vorgängen trägt, da er der drohenden Gefahr nicht rechtzeitig durch Gegenmaßnahmen vorgebeugt hat.

Wiesbaden. Auf Anordnung des A. und S.-Rats wurden auf dem Schloßhofe die politischen Akten der Polizeidirektion verbrannt. Ein Polizeibeamter machte dabei den Versuch, wenigstens die über die hiesigen Anarchisten geführten Geheimakten zu retten, doch gelang es ihm nicht.

An Stelle des vom A. und S.-Rat abgesetzten Landrats v. Heimbürg wurde Regierungsassessor Dr. Schmitt zum Landrat des Landkreises Wiesbaden gewählt.

Mainz, 9. Dez. Ein grauenhaftes Bild wölber der Zerstörung bietet gegenwärtig das von Plünderern ausgeraubte Korpsbekleidungsamt zu Mainz-Kastell. Nachdem die zu Tausenden angekommenen Räuber alle Bekleidungsstücke, Wäscheartikel, Schuh- und Lederwaren restlos fortgeschleppt hatten, ging es an den gewerkschaftlichen Abbau des Gebäudes selbst. Nichts blieb mehr verschont. Geschäftsleute jeder Art holten noch heraus, was irgend zu gebrauchen war. Leider kamen bei der niederträchtigen Räuberei die in dem Bekleidungsamt wohnenden Beamten schwer zu Schaden. Ihre Wohnräume wurden ebenso ausgeraubt, wie die Lagerräume selbst. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf viele Millionen.

Kassel. Dem königlichen Hoftheater dahier wurde der Name „Staatliche Schauspiele“ beigelegt.

Heimburg, 9. Dez. Der Kreisfalkenrentant Linde in Heimburg wurde auf dem Wege zum Landratsamt ermordet und beraubt. Die Täter hatten es auf die Kassenklasse der Kreisparasse abgesehen. Da der Hauptkassier sich aber nicht bei dem Ermordeten befand, gelang es ihnen nicht, an die Kasse heranzukommen.

Braunschweig, 9. Dez. Aus dem hiesigen Flugplatz brannte eine Flugzeughalle nieder, wobei 15 Flugzeuge den Flammen zum Opfer fielen.

Genf, 9. Dez. Beim Bahnhof Meyung-sur-Volte stieß der Schnellzug nach Orleans mit einem Güterzuge zusammen. 14 Personen wurden getötet, 25 schwer verletzt.

Die Vergessenen. Noch vor wenigen Monaten, als unsere Truppen von Sieg zu Sieg marchierten und ein endloser Regen von Orden und Ehrenzeichen auf Militär- und Zivilpersonen herniederströmte, war es ein Sport vornehmer Damen, die Krankensäle der Lazarette zu füllen und ihre reichen Gaben — Blumen, Schokoladen, Unterhaltungsspiele, Früchte, Zigarren und Zigaretten — über die Verwundeten und Kranken auszuschütten. Schauspieler und Sänger, ja sogar Männer- und Frauenchöre der Gesangsvereine, besuchten die Krankensäle, um die Kranken und Verwundeten zu ermuntern, sie durch die Teilnahme an ihrem Schicksale zu trösten. Das ist jetzt überwunden wie die Mode von gestern — man spricht nicht mehr davon. „Jetzt kommt niemand mehr“, klagen die Krankenschwestern, und während man den heimkehrenden Truppen Triumpfpforten baut, denkt niemand der Unglücklichen in den Lazaretten. Brauchen denn die Verwundeten, die Kranken der letzten Kriegsjahre weniger Zuspruch und Ermunterung wie die ersten? Diese armen Jungen sind doch ebenso durstig nach einer erquickenden Frucht, einem freundlichen Wort. Sind sie unseres Dankes nicht minder würdig, wie jene, die mit Blumen geschmückt und mit gesunden Gliedern heimkehrten? Wie viele haben im Kriege geschwiegt, ohne der Brüder zu denken, die sich da draußen in Not und Kampf für das Vaterland opferten! Wie viele haben 100 Mark für eine Gans, 300 Mark und mehr für einen Schinken bezahlt und alles behaglich selbst verzehrt, während die endlosen Lazarettzüge Laufende und wieder Laufende in die Krankensäle beförderten. Mit lauter Stimme hat die Revolution den Schlemmern und Wessern das Wort „Brüderlichkeit“ zugerufen, sie daran gemahnt, wie unsicher das Leben, wie schnell vergänglich jeder Besitz ist. Vielleicht erinnern sich die Wohlhabenden nun daran, daß die Pflege der Kranken und Verwundeten nicht nur eine reizende Mode gewesen, sondern auch jetzt noch eine ernste Pflicht ist.

Eine Verschönerung, die keine war. Im Hotel Bristol zu Berlin wurden in der Nacht zum Sonntag etwa 100 Personen verhaftet, weil man eine geheime Verbindung und auch Waffen im Hotel vermutete. Es stellte sich heraus, daß ein Referendar Saß, der ein Zimmer im Hotel innehatte, eine freiwillige Studentenwehr zur Unterstützung der Regierung Ebert-Daale gegen bolschewistische Aufständische gegründet hatte oder gründen wollte. Waffen waren im Hotel nicht vorhanden. Die Verhafteten wurden bis auf Saß als gänzlich unbeteiligt wieder freigelassen.

Standgericht in Spandau. Anfolge der sich mehrenden Einbrüche und Plünderungen hat der Gerichtsausschuß des Spandauer ARA folgende Bekanntmachung erlassen: Personen, die beim Plündern oder bei Einbruchdiebstählen gefaßt werden, werden erschossen!

Schießerei und Plünderung in Mannheim. In Mannheim verübte ein Trupp Soldaten einen Streich auf das Bekleidungsamt. Bei diesem Plünderungsversuch kam es zu einer Schießerei, bei der ein Soldat verwundet wurde. Der frühere Feldwebel Jod, der ebenfalls beim Rauben angetroffen wurde, ist vom Sicherheitsposten erschossen worden. Am gleichen Tage wurde ein Bekleidungsamt im Zentralgüterbahnhof gestürmt und zum Teil geplündert.

Erpressungsversuch gegen Bethmann Hollweg. Gegen den früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wurde dieser Tage ein Erpressungsversuch verübt, der zur Verhaftung eines der Täter, eines Matrosen, geführt hat. Unter dem Vorgeben, daß gegen ihn ein Attentat geplant und zur Abwendung dieses Attentats Geld erforderlich sei, forderte eine Vereinigung zum Schutze hochgeachteter Persönlichkeiten Herrn v. Bethmann Hollweg auf, eine bestimmte Summe an eine angegebene Adresse zu senden. Der verhaftete Erpresser wurde in das Briegener Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Wed.

Anzeigen.

Zimmerer- u. Bauschreinerarbeiten

Treppen aller Art, sowie alle vorh. Reparaturen fertigt schnell und gut

Karl Schorch, Zimmermeister u. Bauunternehmer.

Christlich-soziale Partei.

Die

Ortsgruppe Herborn

lädt die Mitglieder und Gefinnungsfreunde zu einer

Mitgliederversammlung

am Mittwoch, den 11. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr im kleinen Saale des ev. Vereinshauses ein. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.

Donnerstag, den 12. ds. Mts., morgens 9 Uhr, werden in Herbornseelbach

2 Arbeitspferde

gegen Bar verkauft.

Herbornseelbach, den 10. Dezember 1918.

Der Bürgermeister.

Bersteigerung

von Militärpferden u. -Fahrzeuge.

Donnerstag, den 12. ds. Mts., findet zu Dillenburg, nachmittags 12 Uhr beginnend, eine Versteigerung von etwa

200 Militärpferden

bei der städtischen Volksschule, Wilhelmstraße und von Militär-Fahrzeugen

auf der städtischen Herrenwiese statt. Zahlung von Kriegsanleihen zum Nennwert gestattet.

General-Kommando des 8. Reserve-Korps.

Für Wiederverkäufer!

Sofort greifbar!

1917er prima Rheinweine

in Fässern und Flaschen von ersten Weingütern des Rheines empfiehlt

Franz Henrich, Dillenburg. Telefon Nr. 44.

Rübenschnneider, Rübenmühlen

in verschiedenen Ausführungen empfiehlt

J. W. Rinder, Simm.

Tüchtige

Holzfuhrlente

suchen

Gebrüder Cloos, Wehlar.

Wegen Erkrankung des jetzigen, suche ich sofort ein

Mädchen,

welches schon gedient hat, gegen hohen Lohn.

Frau Dr. C. Dönges, Dillenburg,

van Brandesstraße 9.

Ein Dienstmädchen

gesucht.

Hauptstr. 8.

Junger Kaufmann,

der längere Zeit im Vaterländischen Hilfsdienst tätig war, sucht Stellung in dem Kontor eines Fabrik-

geschäftes evtl. auf dem Lande bei freier Station.

Gefl. Angebote unter M. 2097 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kleines Haus m. Garten

in Herborn od. Umgebung, an Bahnstation gelegen, zu mieten evtl. zu kaufen gesucht. Schriftl. Angebote unter J. C. 4036 an Rudolf Mosse, Siegen.

Gebrauchter

Puppenwagen

zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Vanillezucker la.,

Kirschhornsalz,

Backpulver,

Backoblaten

empfehlen

Drogerie H. Doeck.